
Die Linke:¹ eine Volkspartei?

Viola Neu

In der Politikwissenschaft gibt es keinen Konsens über die Einteilungsmerkmale von Parteien. Selbst der einer breiten Öffentlichkeit geläufige Begriff der „Volkspartei“² ist nicht eindeutig zu definieren. Zur Klassifizierung von Parteien kursieren in der Forschung sehr unterschiedliche Typenbezeichnungen: z. B. Massenpartei, catch-all-party, Massenlegitimationspartei, Großpartei, Mitgliederpartei, Wählerpartei, Kleinpartei, Honoratiorenpartei, Kaderpartei, Klassenpartei, Kampagnenpartei, Kartellpartei, Medienpartei, Regionalpartei, Protestpartei, extremistische/populistische Partei, Arbeiterpartei, Integrationspartei³. Um das Chaos etwas zu lichten, haben sich in der Forschung Definitionen eingebürgert, die nach Merkmalen⁴ von Parteien unterscheiden. Zu diesen gehören Programmatik/Ideologie, Ziele und Funktionen im politischen System, Ursprung und Entwicklung einer Partei, Aufbau und Struktur der Parteiorganisation und Wähler- und Mitgliedschaft oder die soziologische Basis der Partei. Auch die heutige Linke wird in der Forschung mit einer Vielzahl von Klassifizierungen versehen. Einige Wissenschaftler beziehen sich auf ihren Ursprung (SED-Nachfolgepartei), viele auf ihren ideologischen Charakter (post-, neokommunistische/sozialistische, extremistische Partei) andere auf ihre Wählerschaft (ostdeutsche Regionalpartei, Volkspartei), manche verwenden in der Analyse der Organisation den Begriff sozialistische Kaderpartei und bezogen auf ihre politischen Ziele wird sie gerne als (populistische) Protestpartei bezeichnet.

1. Ursprung und Entwicklung der Partei

Als Nachfolgerin der SED⁵ und deren Vorgängerin, der KPD, steht die PDS/Linke nicht in der Tradition demokratischer Parteien. Das geistige und normative Erbe der diktatorischen Staatspartei wird von der Linken verwaltet. Daher lohnt sich ein kurzer Blick auf das Selbstverständnis der SED. In der Diktatur der DDR hatte die SED die „führende Rolle“ inne. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft waren dem Willen der SED unterworfen. Der in der DDR zeitweise übliche Begriff der „Volksdemokratie“ hat mit Demokratie wenig gemein. Volksdemokratie wird als eine Form der „Diktatur des Proletariats“ verstanden. In ihrem Selbstverständnis war die SED auch keine „Volkspartei“, sondern der „bewusste und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der DDR“⁶, also eine Klassen- und Avantgardepartei. Sie legitimierte ihre Herrschaft nicht durch Wahlen, sondern durch die marxistisch-leninistische Ideologie und der Notwendigkeit einer „antifaschistischen“ Staatsgründung. Mit dem Zusammenbruch der DDR kam der SED ihre Funktion als Staatspartei abhanden. In der Umbruchs- und Zerfallsphase der DDR 1989/1990 versuchte die SED nach Möglichkeit ihr Machtmonopol zu sichern, während sie sich gleichzeitig an die veränderten politischen Rahmenbedingungen anpassen musste. Dieser Spagat – gleichermaßen geistiger Erbe der DDR-Diktatur wie neue sozialistische Partei in einer Demokratie zu sein – sollte für die PDS charakteristisch werden.

Die PDS ist zwar durch Umbenennung aus der SED entstanden. Es wäre jedoch zu vordergründig, sie als SED-Nachfolgepartei zu bezeichnen, auch wenn sie – insbesondere was die Finanzen der SED anbetraf – versuchte zu retten, was zu retten war. Die PDS hat jedoch nur die Rechtsnachfolge der kommunistischen Partei angetreten, deren Eigentum sie auch übertragen bekam. Der Charakter

der PDS weicht erheblich von dem der SED ab. Die Partei hat mit zentralen Dogmen der diktatorischen Staatspartei gebrochen. So beansprucht sie nicht mehr das Wahrheitsmonopol des Marxismus-Leninismus als der „einzig richtigen wissenschaftlichen“ Weltanschauung. Allerdings ist ihr Ziel die Wiedereinführung des Sozialismus („Überwindung des Kapitalismus“), was die ideologische Kontinuität zur SED verdeutlicht. Sozialismus wird nach wie vor in der marxistisch-orthodoxen Variante und somit als etatistischer und ökonomistischer Sozialismus verstanden. Organisatorisch hat sie sich vom innerparteilichen „demokratischen Zentralismus“ verabschiedet. Sie definiert sich nicht mehr als die Partei der Arbeiterklasse mit Führungsanspruch, sondern beschreibt sich selbst als Sammelbecken der Linken (linke Strömungspartei). Im Selbstverständnis wird der Begriff Volkspartei abgelehnt. Als Christine Ostrowski und Ronald Weckesser⁷ in ihrem „Brief aus Sachsen“ 1996 vorschlugen, die PDS möge sich zu einer Volkspartei des Ostens analog zur CSU entwickeln, war die Empörung in der Partei groß. Zu keinem Zeitpunkt wollten Mehrheiten in der Partei, dass sich die PDS hin zu einer Volkspartei entwickelt.

Die Geschichte der PDS beginnt mit dem Rücktritt der SED-Parteiführung (eigentlich des ZKs am 3. Dezember 1989) und der Neuwahl eines Vorstandes auf dem ersten von zwei außerordentlichen Parteitag. Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten Vorsitzenden der SED gewählt. Die Hoffnung auf weitere Machtteilhabe, die Angst vor dem Verlust ihrer Privilegien, die Sorge, materielle Ressourcen des Staats- und Parteivermögens einbüßen zu müssen, motivierten die Partei, nicht den Weg von Auflösung und Neubeginn zu gehen. Der Parteitag beschloss offiziell den Bruch mit dem „Stalinismus als System“. Damit wurde jedoch lediglich eine „Deformation“ des Sozialismus verdammt. Eine grundsätzliche Auseinan-

dersetzung mit den Strukturen des Stalinismus konnte die Partei damit vermeiden. Deutliches Zeichen dafür ist, dass sowohl W.I. Lenin wie Rosa Luxemburg als Repräsentanten eines demokratischen Kommunismus verstanden werden. In der Kommunismusforschung⁸ wird eine solche Möglichkeit generell verneint. Demokratie und Kommunismus schlossen sich nicht nur in Deutschland generell aus. Bislang wurde in der Forschung weder bei Luxemburg noch bei Lenin eine demokratische Grundposition entdeckt, was in der Partei nicht diskutiert wird. Auch dem strategischen Stichwortgeber der Partei (Antonio Gramsci) kann man keine demokratischen Ambitionen unterstellen. Vielmehr entwickelte er ein Konzept, wie eine nicht mehrheitsfähige politische Bewegung trotzdem an die Macht kommen könnte.

Auf der zweiten Tagung des außerordentlichen Parteitages (16./17. Dezember 1989) erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 beschloss der Parteivorstand, sich zukünftig nur noch PDS zu nennen. Am 24./25. Februar 1990 wurden auf dem Wahlparteitag ein neues Parteiprogramm und Statut sowie das Wahlprogramm für die erste freie Volkskammerwahl vom 18. März 1990 verabschiedet. Damit hatte die Partei den formalen Anforderungen an die Demokratie genüge getan. Ihre Versuche, die verlorene Macht zu restaurieren, blieben erfolglos.

Für die PDS begann nach den Turbulenzen des Staatsverfalls und mit dem Prozess der deutschen Vereinigung der Kampf ums politische Überleben. Bereits 1989 waren die funktionsfähigen Arbeits- und Organisationsstrukturen implodiert. Die 1990 stattfindende Bundestagswahl zwang die Partei zum schnellstmöglichen Umbau der Parteiorganisation in der DDR und dem Aufbau einer gesamtdeutschen Partei. Während der Umbau im Osten relativ gut bewerkstelligt wurde, misslang die Etablierung im Westen. In den alten Ländern entfaltete die PDS nur für linksextremisti-

sche Kader der K-Parteien, der DKP und sonstigen links-extremen Splittergruppen Attraktivität. Die Mitgliedschaft der SPD und der Grünen blieb – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – für die PDS unerreichbar. Alle Versuche, andere Bündnispartner zu finden (z. B. in der Friedensbewegung, den Gewerkschaften oder den Kirchen) scheiterten weitgehend. Erst seit 2005 ist es der PDS gelungen, im Zusammenhang mit der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), neue Ansprechpartner – vor allem aus dem Gewerkschaftslager – zu gewinnen, die ihr helfen, die Isolation auf dem Wählermarkt zu überwinden.

Die PDS konnte bei der Bundestagswahl 1990 mit 2,4 Prozent der Stimmen 17 Abgeordnete in den Bundestag schicken. Dabei profitierte sie von der getrennten Geltung der Fünf-Prozent-Klausel in den beiden Wahlgebieten Ost und West. Weil diese Sonderregelung nur für die erste gesamtdeutsche Wahl zulässig war, schätzte man die Chancen der Postkommunisten auf eine dauerhafte Etablierung im bundesdeutschen Parteiensystem als eher gering ein. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass es der PDS von 1991 bis 1994 gelang, sich strukturell zu festigen, obwohl die Auseinandersetzung der unterschiedlichen Flügel auch durch die Verabschiedung des zweiten Programms (1993) nicht eingedämmt werden konnte. 1993 wurde der Brandenburger Fraktionschef Lothar Bisky Nachfolger von Gregor Gysi, der seit 1990 Vorsitzender der Bundestagsfraktion war.

Das Wahljahr 1994 wurde für die PDS zum politischen Comeback. Von der wirtschaftlichen Entwicklung des vereinten Deutschlands enttäuscht und die eigene Vergangenheit verklärend („Ostalgie“), wandten sich Wähler in den neuen Ländern wieder den Postkommunisten zu. Auch wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde knapp verpasste, konnte die PDS 1994 bei der Bundestagswahl durch den Gewinn von 4 Direktmandaten in Berlin 30 Abgeordnete stellen. Schon zuvor hatte die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

die Partei – wenn auch nur am Katzentisch – zurück in die politische Verantwortung gebracht. Obwohl die Bundes-SPD sich für eine große Koalition ausgesprochen hatte, entschied sich Reinhard Höppner im April für eine Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS (sogenanntes „Magdeburger Modell“). Die echte Teilnahme an einer Regierung war von da an nur noch eine Frage der Zeit und politischen Opportunität.

Spätestens mit der Tolerierung der Minderheitenregierung in Sachsen-Anhalt hatte sich in der PDS der Ziel- und Machtkonflikt zwischen so genannten Orthodoxen und Reformern zugunsten der Reformen entschieden. Doch waren die Jahre von 1994 bis 1998 vor allem durch heftige Angriffe der Orthodoxen auf die Reformen geprägt. Im Mittelpunkt stand und steht die Frage, welcher Weg zum Ziel Sozialismus führen soll. Auch wenn die Einteilung in zwei Lager die Spannungslinien grob vereinfacht, lässt sich das Konfliktpotenzial idealtypisch beschreiben. Während der orthodoxe Teil der Partei jeglichen „Reformismus“ ablehnt und durch die Mobilisierung gesellschaftlicher „Gegenmächte“ auf einen revolutionären Systemwechsel hinarbeiten möchte, befürwortet das Lager der „Reformer“ eine schrittweise Transformation der Gesellschaft nach dem Vorbild Gramscis (Erringen der kulturellen Hegemonie).

Dieser schwelende Konflikt kulminierte 1995 in einer massiven Auseinandersetzung. Nach der Tolerierung der Regierung in Sachsen-Anhalt grassierte die Angst, dass eine Anpassung an das „System“ dazu führen könne, das eigentliche Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, aus den Augen zu verlieren. Vorschub wurde dem durch ein vom Parteivorstand verabschiedetes Papier geleistet („10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“), das einen „Gesellschaftsvertrag“⁹ vorschlug. Nach massiver Kritik beschloss der Parteitag ein modifiziertes „Fünf-Punkte-Papier“. We-

sentlich für den innerparteilichen Konsens war die darin enthaltene Aussage, dass die PDS als sozialistische Partei „nicht anti-kommunistisch“ sein kann („Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“)¹⁰ Die Reformer konnten durchsetzen, dass sie nicht nur in „prinzipieller Opposition zu den herrschenden Verhältnissen“ stehen müssen, sondern sich auch in der Situation einer Tolerierung oder einer Regierungskoalition befinden können und „in die Gesellschaft hineinbegeben“ dürfen.

Doch brannte der innerparteiliche Streit weiter. Unter dem Titel „In großer Sorge“ bezogen die späteren Gründer des „Marxistischen Forums“ (MF) Gegenposition zum Reformflügel; gemeinsam mit der Kommunistischen Plattform bildeten sie die prominentesten Zusammenschlüsse der Orthodoxen. Jedoch schaffte es das Lager der Traditionalisten nicht mehr, den Weg der Reformer aufzuhalten. Der orthodoxe Flügel zwang die Partei in eine programmatische Stagnation, während in der politischen Realität längst Regierungsbeteiligungen stattfanden. Beispielhaft zeigt sich dies an der Auseinandersetzung bei der Verabschiedung des Parteiprogramms. Mehrere Anläufe versandeten hier durch die wechselseitigen Blockaden der Parteiflügel im Nichts. Erst 2003 gelang es der Partei, ein von beiden Flügeln akzeptiertes Programm zu verabschieden.

Im Frühjahr 1998 hoffte die PDS in Sachsen-Anhalt auf eine volle Regierungsbeteiligung, doch reichte es erneut nur für eine Tolerierung (diesmal einer SPD-Alleinregierung). Zur ersten formellen rot-roten Koalition kam es ein halbes Jahr später in Mecklenburg-Vorpommern. Hier profitierten die Postkommunisten von dem Umstand, dass die Bundes- und Landtagswahl am gleichen Tag stattfanden. Im Windschatten der Bundespolitik konnten beide Parteien dadurch relativ unbehelligt ihr Zusammengehen besiegeln. Auch auf der Bundesebene zahlte sich der vorübergehende Waffenstill-

stand zwischen den verfeindeten Lagern aus. Der PDS gelang es hier zum ersten Mal, ohne Umweg über die Grundmandatsklausel in den Bundestag einzuziehen, indem sie die Fünf-Prozent-Hürde knapp überschritt (5,1 Prozent).

2000 musste die Parteiführung bei ihrem ersten in den alten Ländern abgehaltenen Bundesparteitag (Münster) eine herbe Niederlage einstecken, die zum Rückzug von Gregor Gysi und Lothar Bisky führte. Der Parteitag verweigerte dem Vorstand die Zustimmung zu einem Antrag zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr unter UN-Mandat. Dabei stand nur vermeintlich der Pazifismus im Vordergrund. Wie auch nach den Anschlägen am 11. September 2001 war die Beschlusslage von unverhohlenem Antiamerikanismus geprägt. Noch im selben Jahr (2000) wurde Gabriele Zimmer zur Parteivorsitzenden gewählt, die versuchte, sich zwischen Kontinuität und Erneuerung zu positionieren. In ihre Ära fiel die Entschuldigung für die Zwangsvereinigung von KPD und SPD. Zum Mauerbau 1961 blieb die Haltung der Partei jedoch ambivalent.

Nach dem Bankenskandal in Berlin konnte die PDS 2001 bei der Abgeordnetenhauswahl mit ihrem Spitzenkandidaten Gregor Gysi ein hervorragendes Wahlergebnis einfahren (22,6 Prozent), das die Grundlage ihrer zweiten Regierungsbeteiligung bildete. Weniger erfolgreich war sie ein halbes Jahr später in Sachsen-Anhalt. Obwohl sie die SPD-Regierung nur toleriert hatten, wurden die Postkommunisten hier von ihrer eigenen Klientel für die oft schmerzhaften Maßnahmen der Regierung in Mithaftung genommen, so dass sie – gegen den Trend der anderen Landtagswahlen in Ostdeutschland – nicht mehr zulegen konnten und zusammen mit der SPD, die ebenfalls dramatische Verluste zu verzeichnen hatte, wieder auf der Oppositionsbank Platz nehmen musste.

Die Amtszeit der Parteivorsitzenden Gabriele Zimmer war von Richtungsstreitigkeiten und Glücklosigkeit ge-

prägt. Insbesondere die verlorene Bundestagswahl 2002, bei der die PDS mit 4,0 Prozent der Zweitstimmen an der Sperrklausel scheiterte und nur noch zwei direkt gewählte Abgeordnete ins Parlament entsenden konnte, galt als Folge der innerparteilichen Selbstblockaden. Auch der Rücktritt Gregor Gysis vom Amt des Berliner Wirtschaftsensors im Zuge der so genannten „Bonusmeilen-Affäre“ belastete die Partei im Wahlkampf erheblich. Nach der Bundestagswahl stürzte die PDS in eine tiefe Krise, was u. a. in der Abstrafung des Reformflügels bei den Vorstandswahlen zum Ausdruck kam. Als Retter in der Not wurde Lothar Bisky 2003 erneut zum Parteivorsitzenden gewählt, dem es in der Folge tatsächlich gelang, die Partei zu befrieden und die lang erwartete Verabschiedung des Grundsatzprogramms in die Wege zu leiten. 2004 zeigte sich die Partei von ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl deutlich erholt. Bei den Landtagswahlen und der Europawahl stabilisierte und verbesserte sie ihre Vorwahlergebnisse. Dabei profitierte sie von der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung, die in den Protesten gegen die Sozialreformen der Bundesregierung (Hartz IV) ihren Ausdruck fanden und von der PDS aktiv begleitet wurden.

Mit dem Übertritt des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine in die WASG im Juni 2005 hat sich die strategische Ausrichtung der PDS verschoben. Die ursprünglich aus Protest gegen die rot-rote Koalition in Berlin sowie gegen die rot-grüne Bundesregierung gegründete WASG hat sich 2007 mit der PDS zur Partei Die Linke vereinigt (im Juli 2005 hatte sich die PDS in Linkspartei.PDS umbenannt). Bei der Bundestagswahl 2005 kandidierten Mitglieder der WASG auf PDS-Listen. Ohne die Kooperation der Parteien und ohne den populären Spitzenkandidaten Lafontaine ist der Wahlerfolg der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005 nicht erklärbar. Mit bundesweit 8,7 Prozent erzielte sie ihr bis dahin bestes Bundes-

tagswahlergebnis und konnte sich damit vor den Grünen als viertstärkste Kraft im Parteiensystem positionieren. Der Erfolg ist in erster Linie auf die gewachsene Unterstützung in den alten Ländern zurückzuführen, wo die Linkspartei / WASG 4,9 Prozent der Stimmen erreichte. Hier wirkte sich vor allem der Protest gegen den Reformkurs der Regierungskoalition von SPD und Grünen wählermobilisierend aus. In den alten Ländern ist der Linkspartei/Linken seit 2005 gelungen, in Parlamente einzuziehen. Sie ist 2009 in den Landtagen von Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bremen vertreten.

Die Fusion mit der WASG hat neue Konfliktlinien hervorgebracht. Die alte Konfliktlinie der Orthodoxen gegen die Reformer war für die PDS charakteristisch. Seit der Fusion lassen sich vier rivalisierende Strömungen in der Linken identifizieren, die um die strategische Ausrichtung der Partei kämpfen: Aus der PDS sind es die Flügel der „Reform-Ideologen“ und der „Pragmatiker“, aus der WASG stammt die „Sozialstaatsfraktion“ und aus beiden Parteien heraus bildet sich eine Fraktion, die sich aus orthodoxen Kommunisten, Trotzlisten und sonstigen radikalen Linken zusammensetzt.¹¹ Die Fusion mit der WASG hat insgesamt nicht zu einer Demokratisierung der PDS beigetragen. Denn obwohl auch Sozialdemokraten in die Partei eingetreten sind, hat die Orientierung an der „Arbeiterklasse“ sie zu Verbündeten der orthodoxen Kommunisten und radikaler Linker werden lassen, „mit Lafontaine als Agitator an der Spitze“.¹²

2. Die Wähler der Linken

Die PDS/Linke hat ihr von Forschern regelmäßig vorhergesagtes Ende nicht nur Lügen gestraft, sie kann sogar eine erstaunliche Erfolgsbilanz vorweisen. Sie ist in den neuen Ländern seit 1990 in allen Landtagen vertreten, stellte in jedem

Bundestag Abgeordnete (als Einzelabgeordnete, mit Gruppenstatus und in Fraktionsstärke) und hat 1999 und 2004 auch den Einzug in das Europäische Parlament erreicht. Sie regierte von 1998 bis 2006 mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und regiert auch in Berlin zum zweiten Mal in einem rot-roten Senat. In Sachsen-Anhalt tolerierte sie zwei (Minderheits-)Regierungen. An einer Teilhabe an der Macht ist sie in Hessen 2008 knapp gescheitert.

Der PDS ist es seit 1990 fast kontinuierlich gelungen, ihr Wählerpotenzial auszubauen. Auf der Landesebene zeigten die Wahlergebnisse demgegenüber ein gemischtes Bild. Wo die PDS in der Opposition war, konnte sie im Vergleich zu den Vorwahlen zum Teil deutlich zulegen. Wo sie selber regierte, musste sie dagegen Verluste verzeichnen (Mecklenburg-Vorpommern 2002, Berlin 2006). Besonders dramatisch war der Absturz in der Wählergunst bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006 in Berlin, wo die PDS – in absoluten Zahlen – nahezu die Hälfte ihrer vormaligen Wähler verlor.

Die PDS hat seit der Bundestagswahl 1994 eine Strategie der offenen Listen betrieben. So zogen z. B. die Schriftsteller Stefan Heym und Gerhard Zwerenz sowie das ehemalige Mitglied des National-Komitees ‚Freies Deutschland‘, Heinrich Graf von Einsiedel, für die Partei in den Bundestag. Die PDS erhoffte sich davon, ihr Ansehen verbessern und neue Wählerschichten erschließen zu können. Auch aus dem Lager der SPD und der Grünen versuchte man Überläufer zu rekrutieren, was allerdings nur in Ausnahmefällen gelang (z. B. Heidi Lippmann-Kasten, Fred Gebhardt, Uwe Hirsch). An dieser strategischen Grundausrichtung hat sie auch bei der Bundestagswahl 2005 festgehalten: Auf den Kandidatenlisten wurden eine Reihe von WASG-Vertretern platziert, die größtenteils aus den Gewerkschaften und der SPD stammten (z. B. Klaus Ernst, Oskar Lafontaine, Ulrich Maurer).

Tabelle 1: Ergebnisse der PDS / Linkspartei. PDS / Linke bei Bundestags- und Europawahlen

Jahr	Bundestagswahlen	Europawahlen
1990	2,4	
1994	4,4	4,7
1998	5,1	
1999		5,8
2002	4,0	
2004		6,1
2005	8,7	

Tabelle 2: Ergebnisse bei Landtagswahlen in den neuen Ländern und Berlin

Jahr	BB	BE	MV	SN	ST	TH
1990	13,4	9,2	15,7	10,2	12,0	9,7
1994	18,7		22,7	16,5	19,9	16,6
1995		14,6				
1998			24,4		19,6	
1999	23,3	17,7		22,2		21,4
2001		22,6				
2002			16,4		20,4	
2004	28,0			23,6		26,1
2006		13,4	16,8		24,1	

Tabelle 3: Ergebnisse bei Landtagswahlen in den alten Ländern

Jahr	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NR- W	RP	SL	SH
1995			2,4							
1999			2,9						0,8	
2000										1,4
2003			1,7			0,5				
2004									2,3	
2005							2,2*			0,8
2006	3,1*							2,6*		
2007			8,4							
2008		4,4		6,4	5,1	7,1				
2009					5,4					

* WASG

Die Wählerschaft¹³ der PDS hat sich deutlich verändert. Bis 1993 trug sie Merkmale einer Eliten- und Protestpartei. Die Wähler der PDS waren überdurchschnittlich gut qualifiziert und mit vergleichsweise hohem Einkommen ausgestattet. Ende 1993 setzte ein Nivellierungstrend ein. Die PDS hat sich dadurch in den neuen Ländern in ihrer Sozialstruktur zu einer Volkspartei entwickelt, deren Wähler dem Bevölkerungsdurchschnitt in vielen Merkmalen entsprechen. Im Unterschied zu den Wählerschaften anderer Parteien war die Alterstruktur der PDS-Wähler zunächst recht homogen. Arbeiter blieben unterrepräsentiert und Angestellte, vor allem leitende, fanden sich überdurchschnittlich häufig. Erst nachdem die Partei 2002 auf ihre Kernklientel geschrumpft war, zeigte sich die Wählerschaft deutlich gealtert.

Bei der Bundestagswahl 2005 ist die Linkspartei die bevorzugte Adresse des sozialen Protests geworden. Der Schwerpunkt der Wählerschaft verlagerte sich nun in Rich-

tung der unteren Schichten. Den stärksten Zuwachs hatte die Partei bei Arbeitslosen und Arbeitern. Typisch für die PDS-Anhängerschaft ist der hohe Anteil konfessionsloser Wähler. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaft der Linken hat sich bei den Landtagswahlen, nach der Bundestagswahl 2005 stattfanden, nicht verändert. Das „abgehängte Prekariat“¹⁴ erweist sich dabei vor allem in den alten Bundesländern als ansprechbare Zielgruppe. Während die Partei in den neuen Ländern nach wie vor in ihrer Wählerstruktur kaum Abweichungen vom Bevölkerungsdurchschnitt aufweist, ist sie in den alten Bundesländern bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau, Arbeitslosen, Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern, Männern und in der Altersgruppe der 45 bis 59-Jährigen überdurchschnittlich erfolgreich.¹⁵

Im Unterschied zur Sozialstruktur weisen die Einstellungen der PDS-Wähler deutliche Unterschiede zu anderen Anhängerschaften auf. Die PDS lebt von dem Ost-West-Cleavage. Maßgeblich ist das Gefühl, von der Gesellschaft der Bundesrepublik benachteiligt zu werden und Bürger zweiter Klasse zu sein. Die PDS wurde so die Partei der DDR-Nostalgiker, Vereinigungskritiker und -verlierer, der Zukunftsskeptiker und Politikverdrossenen. In Fragen der sozialen Gerechtigkeit gilt sie als kompetent. Sie wird als Vertreter der sozial Schwachen wahrgenommen. Diese Imagekomponenten bleiben auch für die Linke zentral. Als Problemlösungspartei wird sie dagegen nur selten gesehen. Ihren Erfolg verdankt die Linke der Fähigkeit, sozialen und politischen Protest zu mobilisieren.

Sozialstruktur der Wählerschaften bei der Bundestagswahl 2005

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2005 im Vergleich zu 2002											
	SPD		CDU/CSU		B90/Grüne		FDP		Linkspartei		
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	
Endergebnis	34,2	-4,3	35,2	-3,3	8,1	-0,4	9,8	+2,4	8,7	+4,7	
<i>Männer und Frauen (in %)</i>											
18-24 Jahre	40	+1	25	-7	9	-1	10	+1	8	+5	
25-34	33	-4	29	-5	10	-1	13	+3	8	+5	
35-44	33	-4	32	-4	11	-1	10	+3	9	+5	
45-59	34	-5	33	-4	10	+1	9	+2	11	+7	
60 und älter	34	-5	44	-2	4	-0	9	+3	7	+3	
<i>Männer (in %)</i>											
18-24 Jahre	38	+1	25	-7	8	-1	12	+0	8	+4	
25-34	31	-4	29	-7	9	-1	16	+5	9	+6	
35-44	33	-3	33	-5	9	-1	11	+3	8	+5	
45-59	33	-4	35	-5	8	-1	10	+2	12	+8	
60 und älter	33	-4	44	-3	3	+0	9	+3	8	+4	
Insgesamt	33	-3	35	-5	7	-1	11	+3	9	+5	

	Frauen (in %)									
18-24 Jahre	42	+1	25	-7	10	-2	9	+1	8	+5
25-34	37	-4	30	-2	11	-2	10	+2	7	+4
35-44	33	-6	32	-2	12	-1	9	+2	9	+5
45-59	35	-7	32	-4	11	+2	8	+2	10	+6
60 und älter	35	-5	43	-1	5	-1	9	+4	6	+2
Insgesamt	35	-5	35	-2	9	-0	9	+2	8	+4

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen 2002 und 2005

Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft 2005 im Vergleich zu 2002												
	SPD		CDU/CSU		B90/Grüne		FDP		Linkspartei			
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff		
<i>Bildung**</i>												
hoch	30	-4	33	-1	14	-1	12	+3	9	+3		
mittel	34	-4	35	-4	7	-0	10	+2	10	+6		
niedrig	38	-5	38	-5	4	-0	8	+2	8	+5		
<i>Tätigkeit</i>												
Arbeiter	37	-5	30	-7	5	+0	8	+1	12	+7		
Angestellte	36	-3	31	-4	11	-1	11	+3	7	+4		
Beamte	30	-7	38	+2	14	-2	9	+2	7	+4		
Selbstständige	21	+0	41	-6	12	-1	19	+5	6	+3		
Rentner	36	-5	42	-1	4	-0	9	+3	8	+3		
in Ausbildung	40	+1	24	-3	13	-2	11	+0	8	+4		
Arbeitslose	31	-10	23	-5	7	-2	8	+1	24	+14		

Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft 2005 im Vergleich zu 2002													
	SPD		CDU/CSU		B90/Grüne		FDP		Linkspartei				
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost			
<i>Bildung**</i>													
hoch	30	31	34	25	15	9	13	8	5	25			
mittel	26	29	39	23	8	5	10	9	4	28			
niedrig	39	32	39	31	4	2	8	7	6	21			
<i>Tätigkeit</i>													
Arbeiter	41	26	33	23	5	3	7	8	8	27			
Angestellte	37	33	33	24	12	8	11	9	4	24			
Beamte	31	24	39	29	15	9	9	11	5	23			
Selbstständige	20	23	42	36	13	6	20	18	4	16			
Rentner	36	36	45	30	5	3	9	5	4	23			
in Ausbildung	40	40	26	16	14	10	11	8	5	19			
Arbeitslose	36	22	26	19	9	4	9	6	13	39			

Der Linkspartei/Linke hat vor allem ehemalige SPD-Wähler für sich gewinnen können. Weitere wichtige Säulen des Zuwachses sind frühere Wähler der Grünen. Zudem kann sie aus dem Nichtwählerlager mobilisieren. Wie die vorgezogene Landtagswahl in Hessen 2009 jedoch auch zeigte, gibt es Anzeichen dafür, dass das wechselbereite Wählerpotential weitgehend ausgeschöpft sein dürfte, da trotz der massiven Verluste der SPD die Linke keine zusätzlichen Wähler gewinnen konnte.

Wählerstromkonto der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005

	<i>Wählerstromkonto Linkspartei</i>		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit			
SPD	1.190.000	220.000	970.000
Union	350.000	70.000	290.000
GRÜNE	280.000	40.000	240.000
FDP	130.000	30.000	100.000
Andere	170.000	80.000	90.000
Summe ü. Parteien	2.120.000	440.000	1.680.000
Nichtwähler	530.000	100.000	430.000
Erstwähler/Verstorb.	160.000	80.000	80.000
Zu-/ Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	2.820.000	620.000	2.200.000
Wählerstamm	1.300.000	1.300.000	
Wählerstimmen 05 und 02	4.140.000	1.940.000	2.200.000

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragung, Bundestagswahl 2005

3. Die Programmatik der Linken

In der wissenschaftlichen Bewertung der ideologisch-programmatischen Ausrichtung der Linken lassen sich grob zwei Richtungen unterscheiden. Zum einen diejenigen, die die Partei dem linksextremen Spektrum zuordnen, zum anderen diejenigen, die bestreiten, dass es einen sozialistischen Extremismus überhaupt gibt (geben kann), bzw. diesen Ansatz prinzipiell ablehnen. Zu ersteren zählen eher die normativen¹⁶ Analysen, zu letzteren eher die Studien der Parteienforschung. Die Linke selbst hat bislang keinen Zweifel aufkommen lassen, dass sie sozialistisch ist und daher auch nicht anti-kommunistisch sein kann. Sie selbst verortet sich in der Tradition¹⁷ der kommunistisch/sozialistischen Parteien mit der KPD als Vorgängerpartei. Damit entspricht die ideologische Etikettierung als post- oder neo-sozialistische/kommunistische Partei keinem Akt der Willkür.

Eine Antwort auf die Frage, ob die Linke eine extremistische Partei ist, haben jüngst Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang gegeben, indem sie den Extremismus als „smart“¹⁸ charakterisierten. Dabei bezieht sich der Begriff nicht nur auf die Strategie und Selbstdarstellung Partei, die sich nicht nur ästhetisch von der abstoßenden NPD unterscheidet. Mit dem Begriff machen die Autoren deutlich, dass die Spielarten des Extremismus mannigfaltig sind, und – bei aller „Smartheit“ im Auftreten – der Blick auf den extremistischen Kern gerichtet werden muss. Nicht umsonst stellen sie fest, dass die „Verführung“ durch die Partei „Methode“ hat¹⁹. „Die Partei verfolgt kein offensiv umstürzlerisches Konzept – wir haben es mit einem smarten Extremismus zu tun. Dennoch stehen Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates offensichtlich zu Disposition“.²⁰ Der Begriff verweist aber auch auf den Umgang mit der Partei. Denn, wenn Lothar Bisky die Ab-

schaffung des Systems ausruft, fühlt sich keine Redaktion veranlasst, ihn nicht mehr zu einer Talkshow einzuladen. Extremistische Strömungen innerhalb der Partei verhindern keine Regierungsbeteiligungen. Somit spiegelt der Begriff auch die öffentliche Wahrnehmung und den Imagewandel der Partei wider. Für viele ist sie mittlerweile eine normale demokratische Partei.

Das sehr frühe Urteil der Forschung, das die Partei sich in einer Grauzone zwischen Demokratie und Extremismus befinde, kann bestätigt werden. Dies birgt insofern Probleme, da sie ein von Wählern legitimierter Teil des politischen Systems ist und Regierungsverantwortung trägt. In der praktischen Politik zeigt sie kaum extremistische Züge. Doch gibt sie sich auch wenig Mühe, ihre extremistischen Strukturen zu verbergen. Sie gibt vielfältigen Facetten des linksextremistischen Spektrums eine politische Heimat bzw. unterstützt Linksextremisten außerhalb der Partei bei ihren politischen Zielen. „Der Wertekanon des demokratischen Verfassungsstaates und die ihm entspringenden Prinzipien leiteten weder Denken noch Handeln der PDS“, fasst Jürgen Lang²¹ zusammen. Die PDS bekennt sich zwar deklamatorisch zur Demokratie, doch sind ihre politischen Ziele nur schwer mit dem demokratischen Verfassungsstaat zu vereinbaren.

„Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“ So lautet der Formelkompromiss, den die PDS auf ihrem Parteitag 2004 in Potsdam²² beschlossen hat und der einen endgültigen Schlussstrich unter die immer wieder aufflackernde Diskussion um den richtigen Kurs der Partei ziehen sollte. Das Selbstverständnis der PDS, zugleich Regierungspartei und parlamentarische Opposition sowie Speerspitze der außerparlamentarischen Opposition

sein zu wollen, ist eine schwierige Gratwanderung. Auch wenn die PDS häufig den Eindruck hinterlässt, hoffnungslos zerstritten zu sein, sind sich Reformer und Orthodoxe über das angestrebte Ziel einer sozialistischen Gesellschaft einig. Diskutiert wird über den richtigen Weg dorthin. Opponieren, koalieren und regieren wurden ursprünglich als sich ausschließende Politikkonzepte beurteilt, spätestens seit dem Potsdamer Parteitag 2004 werden sie als gleichermaßen legitime Politikformen verstanden („strategisches Dreieck“). An diesem hält sie auch nach der Fusion mit der WASG fest.

Generell versteht sich die Partei als Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse. Das Ziel der Systemopposition ist die Überwindung des Kapitalismus, welche die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie einschließt. Bezugspunkt der sozialistischen Utopie ist das kommunistische Manifest. In allen Programmen wird als Ziel eine Gesellschaft definiert, „in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist“. Die Konkretisierung der sozialistischen Utopie bleibt vage. Einig ist sich die PDS bei der Ausweitung öffentlichen Eigentums und der Demokratisierung (Verstaatlichung) von Eigentum. Sie will die „Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen“ abschwächen und schließlich „überwinden und die ihnen zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse“ verändern, wie es in ihrem Programm von 2003 heißt.

Seit 1990 hat die PDS drei Grundsatzprogramme erarbeitet. Ein viertes Programm befindet sich in Planung; es soll 2010 beschlossen werden. Das Programm von 1990, das in den Wirren der Wende entstanden ist, stellt im Grunde nur ein lose verwobenes Textfragment dar. Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, W.I. Lenin und Antonio Gramsci werden hier von der PDS

als geistige Väter (und Mütter) unterschiedslos vereinahmt, ohne die sich daraus ergebenden Widersprüche im Politikverständnis zu reflektieren. Wurde 1990 noch zugestanden, dass der „Kapitalismus wirtschaftlich effizient“ sei und die „Weltzivilisation bereichert“ habe, kommt die PDS 1993 wieder zum Nukleus der sozialistischen Weltanschauung zurück. Um das Programm zu verabschieden, musste zwischen den verfeindeten Flügeln mancher Formelkompromiss geschlossen werden. Die Reformer akzeptierten den Text, den sie als nicht zeitgemäß empfanden, nur widerwillig. Der strikte Antikapitalismus und die Betonung des außerparlamentarischen Kampfes zwängte sie in ein enges Korsett, dem sie sich in der Praxis jedoch schon bald entzogen (durch die Tolerierung der Minderheitenregierung in Sachsen-Anhalt). Auch das Geschichtsbild wurde als zu beschönigend empfunden. Während ein Teil der Partei nach neuen strategischen Optionen suchte, wollte ein anderer seinen Traum vom real existierenden Sozialismus verteidigen.

In dem Programm von 2003 wurde der Widerspruch zwischen Reform und Revolution ebenso wenig aufgelöst wie in den vorherigen. Die PDS hat im Unterschied zu 1993 ihr Geschichtsbild minimal revidiert, doch die grundsätzlich positive Bezugnahme auf die DDR bleibt bestehen. Zu den nach wie vor unveräußerlichen Glaubensartikeln der PDS gehört die These, dass es sich bei der Gründung der DDR um eine „legitime“, weil „antifaschistische“ Alternative zur westdeutschen Bundesrepublik gehandelt habe. Diesen Baustein hat die PDS von 1993 an über alle Programmwürfe beibehalten. Dass von Anfang an in der DDR eine totalitäre Diktatur etabliert wurde, wird prinzipiell negiert, die fehlende demokratische Legitimation bleibt unerwähnt. Die PDS betont vielmehr, dass der Aufbau der „besseren“ Gesellschaftsordnung und des „friedliebenden“ Deutschlands keiner „Entschuldigung“ bedürfe.

Die strikt antikapitalistische Grundausrichtung bleibt der Markenkern der PDS. „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen“, lautet der Schlusssatz des Programms von 2003. „Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklung findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch.“ In den Programmatischen Eckpunkten, die von Linkspartei.PDS und WASG beschlossen wurden, wird diese Auffassung geteilt.

Die Überwindung der bürgerlichen Demokratie bleibt das Fernziel der Linken. Egal welche Dokumente man heranzieht, der Begriff „Kapitalismus“ bedeutet immer bürgerliche Demokratie. Die Kontinuität von PDS/Linkspartei/Linke wird auch durch die hinzugekommene WASG nicht beeinträchtigt. In den gemeinsam verabschiedeten Programmatischen Eckpunkten will die Linke „die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ abschaffen, indem sie alles unterstützt, was „über die gegenwärtige Gesellschaft“ hinausweist.

Die Linke verfügt noch über kein neues Grundsatzprogramm. Linkspartei und WASG haben sich lediglich auf sogenannte „Programmatische Eckpunkte“²³ verständigt, welche die Parteien 2007 verabschiedeten. Die Fusion der beiden Parteien hat keineswegs zu einer programmatischen „Sozialdemokratisierung“ geführt, wie manche in der Linkspartei befürchteten. Vielmehr gibt es Anzeichen einer stärkeren Radikalisierung. Hierzu zählt die Aufnahme des politischen Streiks als Kampfmittel. Die Partei spricht von einem „Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks“. An der Tatsache, dass sich die deutschen Gewerkschaften noch nie als politische Kampftruppen verstanden haben (mit der Ausnahme beim

Kapp-Putsch), wird dieses Wunschdenken auch nichts ändern. Es macht nur deutlich, dass die PDS ihre neue vermeintliche Gewerkschaftsmacht nicht für die Beschäftigten einsetzen möchte, sondern diese gerne als Kampfinstrument gegen den Staat einsetzen würde. Nicht zufällig hat Oskar Lafontaine in einem Interview davon gesprochen, dass der politische Streik in der Tradition Rosa Luxemburgs stünde.

Ebenfalls radikaler fallen die Aussagen über Eigentum aus. Hier war die PDS in ihrem Programm von 2003 etwas liberaler. Zumindest sprach sie von einer gewissen Pluralität der Eigentumsformen, die auch Privateigentum beinhaltete. Jetzt²⁴ schreibt die Linke: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen“; zudem wird die „Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht“ gefordert. Notwendig sei die „Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen (Karl Marx)“ sei. Fasst man die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Linken zusammen, so ergibt sich eine Gesellschaft, in der jede Form des Eigentums und Besitzes jederzeit enteignet werden kann bzw., wie es die Linke formuliert, „eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche“ gewünscht ist.

Statt Verstaatlichung werden in den Programmatischen Eckpunkten die Begriffe: Demokratisierung, gesellschaftliche Verantwortung, Primat (oder auch Vorrang) von Politik verwendet. Die umfassenden Verstaatlichungsgelüste richten sich auf alle Bereiche, die auch bereits bei der PDS genannt wurden: Gesundheit, Wasser, Energieversorgung, Abfallentsorgung, die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, kostengünstiges Wohnen, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, kostenfreie Bildung, würdevolles Leben

im Alter sowie die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.

Die Linke hält am „demokratischen Sozialismus“ als Ziel, Weg und Wertesystem fest. Dementsprechend wurde auch der leicht modifizierte Karl Marx und somit das kommunistische Manifest wieder in die Programmatischen Eckpunkte aufgenommen: „Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist“.²⁵ In der Originalversion läuft diese Aussage jedoch auf die Revolution und nicht auf eine Transformation hinaus. Doch sind mit diesen Zugeständnissen der WASG unveräußerliche Kerne der PDS erhalten geblieben.

Nach wie vor gibt es das Versprechen, ein Füllhorn sozialer Wohltaten auszuschütten. Nach dem alten Kampfmotto der Linken: „Reichtum ist genug da. Er muss nur umverteilt werden“.

Ein besonderes Augenmerk ist auf den Begriff „Freiheit“ zu richten, der in der Programmatik der Postkommunisten eine wachsende Rolle spielt. Bei einigen zentralen Begriffen bedient sich die Linke einer Taktik der Umwertung. Dies ist eine Tradition der extremen Linken, wie sie z. B. die DKP praktiziert. Das Prinzip ist einfach: Normen des demokratischen Staates bzw. des Grundgesetzes werden nicht entsprechend ihrem wirklichen Rechtsgehalt interpretiert. Rechtsprinzipien erhalten einen marxistisch-leninistischen Wert- und Bedeutungsinhalt, der nicht dem demokratisch-bürgerlichen entspricht. Die Benutzung von Begriffen, die in der parlamentarischen Demokratie eine hohe positive Konnotation haben, soll beweisen, dass die Parteien „demokratisch“ sind und damit eine positive Beziehung zu Wählern herstellen. Die Umwertung verfolgt das Ziel der Unterminierung der Legitimität des Staates.

Menschenwürde und Freiheit haben seit dem Programm von 2003 einen zentralen Stellenwert in der PDS und seit der Vereinigung auch bei der Partei Die Linke. Reduziert man die Komplexität der Menschenrechte auf die Überlegungen des Grundgesetzes, definiert die Partei den zentralen Wesensgehalt konträr, unterzieht ihn einer subtilen Umdeutung im sozialistischen Sinne. Aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur bestimmt das Grundgesetz die Menschenwürde als Absage an die Degradierung des Menschen zum Objekt einer Gemeinschaftsideologie, also Objekt eines Staates. Die Menschenwürde wird von der PDS nicht als elementares Persönlichkeitsrecht aufgefasst, sondern indirekt abgeleitet: Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt bedrohen die Menschenwürde. Zweifellos können diese Begriffe die Würde des Menschen verletzen. Doch die Aufzählung ist weder systematisch noch vollständig, da das Persönlichkeitsrecht nicht nur durch die soziale Lage definiert wird, sondern gerade dadurch, dass der Einzelne bestimmt, was seine Würde ausmacht, und nicht eine Partei, Ideologie oder ein Staat. Dem zugrunde liegt das alte dogmatisch-absolutistische Freund-Feind-Schema: Die „neoliberale Politik“ und die „imperialistische Politik“ der USA bedrohen die Menschenwürde, der Sozialismus ist allein in der Lage, sie zu schützen. Damit wird der Nukleus der Menschenwürde zumindest unzulässig eingeengt.

Auf der Basis der Neudefinition der Inhalte leitet die Partei die Legitimation des Kampfes und des Widerstands gegen die bürgerliche Demokratie ab. 1993 schrieb die PDS: „In der PDS haben sowohl die Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden“. Dies hat sie nicht nur 2003

beibehalten, sondern auch noch erweitert. 2003 hat sie den Widerstandsbegriff im marxistischen Sinne neu formuliert und den Widerspruch zwischen Revolution und Reform eindeutig zugunsten des Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse verstärkt. „Nicht aus dem Frieden mit den Herrschenden, sondern aus Gegenwehr der Unterdrückten und Benachteiligten und aller, die sich solidarisch für sie engagieren, entsteht eine menschlichere Gesellschaft. Die Mittel für diese Auseinandersetzung müssen den Zielen von Gewaltfreiheit und Demokratie entsprechen, da sie sonst zum Ausgangspunkt neuer Herrschaft von Unterdrückung werden. Allerdings gibt es ein legitimes Recht auf Widerstand da, wo Personen, Gruppen und Staaten die Würde des Menschen missachten und ihrerseits Gewalt anwenden.“ Und hier zeigt sich, dass die Definition der Menschenwürde im PDS-Programm nicht zufällig ist. Wenn Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt die Menschenwürde bedrohen, ist der Staat, der dies zulässt, im Unrecht und durch einen anderen zu ersetzen. Soziale Unsicherheit oder Fremdbestimmung (um nur zwei Beispiele zu nennen) können nie in einer offenen Gesellschaft beseitigt werden, da dies interpretationsoffene Begriffe sind, die jeder in der Gesellschaft anders definieren würde. Nur ein Staat, der die Deutungshoheit besitzt – und dies kann nur ein totalitärer sein – kann sich anmaßen, bspw. „Fremdbestimmung“ beendet zu haben.

Dem allgemeinen Freiheitsbegriff liegt das Verständnis der freien Entfaltung der Persönlichkeit zugrunde, wodurch die Individualität ein höherrangiges Gut vor dem Kollektivismus ist. Die Linke vermeidet es zwar, offen auszusprechen, dass der Kollektivismus vor dem Individualitätsprinzip steht, indirekt formuliert sie allerdings dieses Postulat. Freiheit ist weniger ein Individualrecht – das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit – sondern

ein Kollektivrecht: „Gerechtigkeit verlangt, dass Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen“. Individuelle Freiheit wird negativ mit dem Begriff „Egoismus“ assoziiert und positiv mit „kollektivem Handeln“ besetzt. Statt der Trennung von individueller Handlungsfreiheit von kollektiven Freiheitsrechten, wie Wahl- und Versammlungs- oder Koalitionsfreiheit, führt sie diese Rechte zusammen. Aber auch ein weiterer Teil, der zum unveräußerlichen Kern der Freiheitsrechte gehört, nämlich die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, wird ausgeklammert. Damit wird individuelle Freiheit konterkariert. In anderen Worten bedeutet Freiheit nach Auffassung der Partei nicht, dass damit der Bereich der freien Willensbildung und -betätigung garantiert wird oder Abwehrrechte gegen den Staat gewährleistet werden. Freiheitsrechte sind keine Abwehrrechte, die Menschen einen Raum freier und eigener Lebensgestaltung gewähren und sie vor staatlichen Eingriffen und Einengungen schützen. Dieses Verständnis von Freiheit widerspricht dem demokratischen Verständnis von Freiheit fundamental. Der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv besetzte Freiheitsbegriff wird somit spitzfindig und perfide entgegen seinem rechtlichen Wesensgehalt umdefiniert. Daher spricht die Linke auch von „Freiheitsgütern“ und die Verteilung dieser Güter würde bestimmen, wie „frei“ ein Mensch ist. Freiheit im Sinne der PDS folgt nicht dem Grundgedanken der Selbstentfaltung und somit der Freiheit vor einem „ideologischen Persönlichkeitsmodell“. Auch beinhaltet das PDS-Verständnis von Freiheit nicht die allgemeine Handlungsfreiheit. Ein auf den ersten Blick seltsames Sammelurium bilden diese Freiheitsgüter: saubere Luft, sauberes Wasser, Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Erholungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Ge-

sundheit und die Überwindung absoluter Armut. „Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind.“ Derjenige, der die Freiheitsgüter zur Verfügung stellt, der Staat, eine Partei oder sonstige letzte Instanzen, entscheiden, was Freiheit ist. Wenn Freiheit Verteilungsgerechtigkeit ist, dann bedeutet das nur, dass Enteignungen zu Freiheit führen. Zu Ende gedacht werden dem Staat, um diese „Freiheitsgüter“ zu ermöglichen, unbegrenzte Eingriffsmöglichkeiten gegeben. Diese Logik ist eigentlich nur totalitären Regimen eigen. Es ist somit ernst zu nehmen, wenn z. B. Lothar Bisky auf dem Vereinigungsparteitag der Linken sagte: „Wir stellen die Systemfrage“.

In ihren Wahlprogrammen setzt die PDS/Linkspartei/Die Linke auf das „Protest-Pferd“. Die Losung „Hartz IV muss weg“ ist die bindende Klammer zwischen den fusionierten Parteien, da die Kritik an der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformagenda der rot-grünen Bundesregierung die Linke erst möglich machte. Sie spricht sich für einen weiteren Ausbau sozialstaatlicher Leistungen aus (soziale Grundrente, solidarische Bürgerversicherung, öffentliche Daseinsvorsorge, Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, gesetzlicher Mindestlohn). Die Schaffung eines dritten Arbeitsmarktes (öffentlicher Beschäftigungssektor) ist eines der wesentlichen und dauerhaften Ziele der Partei. Des Weiteren streben die Postkommunisten eine verstärkte Umverteilung privaten Vermögens von „oben“ nach „unten“ an (Erhöhung der Erbschafts- und Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einführung einer „Millionärssteuer“ und einer Börsenumsatzsteuer). Sie selbst bezeichnet die Partei als antifaschistisch, antikapitalistisch und pazifistisch. Der US-amerikanischen Politik, dem westlichen Verteidigungsbündnis und der Europäischen Union steht sie ablehnend bis feindlich gegenüber.

4. Die Organisation der Linken

Die Transformation der SED zur PDS drückt sich vor allem in dem rapiden Mitgliederschwund aus. Von den 2,3 Millionen Mitgliedern der SED blieben der PDS innerhalb eines Jahres lediglich 8 Prozent erhalten. Weitere Austritte und fehlende Neueintritte haben seit 1991 zu einer starken Überalterung der Mitgliedschaft geführt. 2005 waren ca. 70 Prozent der PDS-Mitglieder über 60 Jahre alt und der Prozess der kontinuierlich fortschreitenden Überalterung erschien unaufhaltbar. Durch die Fusion mit der WASG hat sich dieser Prozess etwas verlangsamt, da vor allem in den mittleren Jahrgängen Zuwächse zu verzeichnen sind. Der Anteil der über 60-Jährigen ist hierdurch auf 59²⁶ Prozent 2006 gesunken. Doch nicht nur die Altersstruktur, auch die Geschlechterstruktur hat sich verändert. Der Anteil der Frauen ist rückläufig. Er ist von etwa 46 Prozent 2004²⁷ nach der Fusion auf 38 Prozent²⁸ zurückgegangen. Etwa 21 Prozent der Mitglieder (ohne Berlin) kommen aus den alten Ländern. Über den Anteil ehemaliger SED-Mitglieder gibt es nur Schätzungen. Er dürfte aber allein aus biologischen Gründen rückläufig sein.

Im organisatorischen Aufbau gleicht die Linke den anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Sie unterhält 16 Landesverbände und regionale Gliederungen. Sie verfügt zudem über vielfältige Teil- und Unterorganisationen (Arbeits- und Interessengemeinschaften), die nach Beschluss von Parteivorstand und Parteirat auch Delegierte zu Parteitagen entsenden können.

Die Linke ist nach der überwiegenden Struktur nach wie vor eine ostdeutsche Regionalpartei. In den alten Ländern hat sie auch nach der Fusion mit der WASG und der Wahlerfolge bis heute Probleme beim Aufbau funktionsfähiger Strukturen.

Mitgliederentwicklung seit 1991

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1991	172.579	2000	83.478
1992	146.742	2001	77.845
1993	131.406	2002	70.805
1994	123.751	2003	65.753
1995	114.940	2004	61.385
1996	105.029	2005	61.489
1997	98.624	2006	69.282
1998	94.627	2007	71.711
1999	88.594	2008	76.139

Quelle: www.die-linke.de

2006: beide Vorgängerparteien zusammen; ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 174 Mitgliedern bei den beiden Parteivorständen

2007: ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 113 Mitgliedern beim Parteivorstand

2008: 1. Januar bis 30. September 2008

5. Fazit

Seit 2005, als Oskar Lafontaine aus der SPD aus- und in die WASG eintrat, haben sich die Images der PDS deutlich verändert. Zum einen hat sich seit 2005 der Eindruck verbreitet, die Linkspartei/Linke sei eine neue Partei. Zum anderen wird sie von immer mehr Menschen als eine „normale demokratische“ Partei gesehen. Ein genauerer Blick auf die Partei macht jedoch schnell klar, dass diese Images den wahren Charakter nicht widerspiegeln. In Folge der Fusion mit der WASG und der Umbenennung in die Linke, ist die Partei – auch programmatisch – erneut in eine Phase der Radikalisierung eingetreten.²⁹ Doch bleibt dies den Bürgern weitgehend verborgen.

Insgesamt bleibt Die Linke eine heterogene und widersprüchliche Partei. Sie ist eine ostdeutsche Regionalpartei mit Volkspartei-Charakter. Sie ist eine westdeutsche Protestpartei. Sie kann gleichzeitig regieren und außerparlamentarischen Protest gegen die „Herrschenden“ mobilisieren. Sie ist in das politische System integriert, das sie „überwinden“ will. Sie setzt in Regierungsverantwortung „antisoziale“ Politik um, gegen die sie wiederum auf der Straße und in den Parlamenten agitiert. Unter dem Schlagwort der „sozialen Gerechtigkeit“ führt sie ihren Kampf gegen das „System“, also die Demokratie. Teile der Partei handeln pragmatisch-gemäßigt, während gleichzeitig in der programmatischen Ausrichtung eine extremistische Ausrichtung unverblümt beschlossen wird. Sie setzt auf kurzfristig wirksamen Populismus und hofft langfristig, die kulturelle Hegemonie zu erringen. An ihrem Ziel, diesen Staat und seine Gesellschaftsordnung abzuschaffen, hält sie fest.

Anmerkungen

¹ Um keine sprachliche Verwirrung zu stiften, sei darauf hingewiesen, dass in diesem Artikel die Bezeichnung der Partei chronologisch den jeweiligen Umbenennungen folgt. Für den Zeitraum 1990–2005 ergibt sich somit der Name PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007 der Name Linkspartei und ab Juni 2007 der Name Die Linke.

² Vgl. *Mintzel, Alf*: Die Volkspartei. Typus und Mythos, Opladen 1983.

³ Bereits 1932 hat Sigmund Neumann zwischen absolutistischen und demokratischen Integrationsparteien und somit zwischen demokratischen und extremistischen Volksparteien unterschieden. *Neumann, Sigmund*: Die Parteien der Weimarer Republik, 4. Aufl., 1977, Stuttgart (Original 1932).

⁴ Vgl. *Lucardie, Paul*: Zur Typologie der politischen Parteien, in: Decker, Frank/Neu, Viola: Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 62–78.

⁵ 1946 entstand aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

⁶ Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch, 3. überarb. Aufl., Berlin, 1978, Stichworte: Volksdemokratie und SED.

⁷ Brief aus Sachsen, Neues Deutschland vom 8. Mai 1996.

⁸ Vgl. Müller, Werner: Gab es in Deutschland einen demokratischen Kommunismus, in: Backes, Uwe / Courtois, Stephané (Hrsg.): „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologie, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 323–382.

⁹ Vgl. „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48 1994, S. 19 ff.; „Anträge zu den 10 Thesen der Parteivorstandes“, in: Pressedienst der PDS, Nr. 52 1994.

¹⁰ Disput, H. 3 / 4 1995, S.27. In seiner Rede hat Lothar Bisky Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Nikolai Bucharin, Leo Trotzki und Antonio Gramsci als „demokratische“ Kommunisten bezeichnet. Vgl. ebd., S. 9.

¹¹ Vgl. Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 97 ff.

¹² Ebd., S. 108.

¹³ Vgl. Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004.

¹⁴ Vgl. Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 68 ff.

¹⁵ Infratest dimap, Wahlreport. Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 18. September 2005. Vgl. Niedermayer, Oskar: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (3) 2006, S. 523–538.

¹⁶ Vgl. Jesse / Lang: Smarter Extremismus, S. 27 ff. Zu den Forschern, die bei der Linken einen extremistischen Charakter sehen Eckhard Jesse, Hubertus Knabe, Jürgen P. Lang, Patrick Moreau. Zu den Forschern, die den extremistischen Charakter eher ausblenden bis negieren, zählen u. a. Michael Koß, Gero Neugebauer, Tim Spier, Richard Stöss, Franz Walter. Michael Koß begründet seine ablehnende Haltung gegenüber der Extremismusforschung damit, dass er die KPF als „politische Folklore“ charakterisiert, welche eine „vernachlässigende Größe“ darstelle. Dem wäre zu entgegen, dass der extremistische Charakter einer Partei sich nicht nach einer quantitativen Zählung extremistischer Parteimitglieder bemisst, sondern nach inhaltlichen Positionen, die von einer Partei insgesamt geteilt werden. Zudem ist auch das quantitative Argu-

ment nicht ganz zutreffend. Zwar stimmt es, dass die KPF als innerparteiliche Vereinigung recht überschaubar ist (ca. 800–1.000 Mitglieder), dies vernachlässigt aber die Tatsache, dass deren Kandidaten bei innerparteilichen Wahlen regelmäßig mit einem Zuspruch von ca. zwei Dritteln rechnen können (Vgl. *Koß, Michael*: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden 2007, S. 117. Vgl. *Neugebauer, Gero / Stöss, Richard*: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.

¹⁷ Vgl. *Moreau, Patrick*: Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität?, München 2002.

¹⁸ Vgl. *Jesse / Lang*: Smarter Extremismus. Vgl. *Lang, Jürgen P.*: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2004.

¹⁹ *Jesse / Lang*: Smarter Extremismus, S. 23.

²⁰ Ebd., S. 207.

²¹ *Lang*: Demokratische Partei?, S. 155.

²² Disput, H. 11/2004, S.50 ff.

²³ http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/ [24. März 2009]

²⁴ Ebd.

²⁵ Im Original des Kommunistischen Manifests: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, um damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

²⁶ <http://www.die-linke.de/index.php?id=1342>, [19.3.2009]. Informationsvorlage für den Parteivorstand am 17. November 2007 zum Thema „Stand der Mitgliedergewinnung und des Parteaufbaus; Stand: 2006.

²⁷ http://archiv2007.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/frauen_anteil/index.htm, [19.3.2009]

²⁸ http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2008/, [19.3.2009]

²⁹ Jürgen P. Lang, Wandel und Beharrung: SED und PDS, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47/2008, zitiert nach <http://www.bpb.de/publikationen/P09I8C.html>, [24.03.2009]